

Editorial

Wenige Tage, nachdem dieser *Kritische Agrarbericht* veröffentlicht wird, treffen sich erneut tausende Menschen vor dem Brandenburger Tor. Unter dem Motto »Wir haben es satt!« protestieren sie gegen Agrarindustrie und für eine grundlegende Wende in der Agrarpolitik. Es geht ihnen um den Erhalt bäuerlicher Strukturen auf dem Land, um eine weitere Ökologisierung der gesamten Landwirtschaft, den Ausbau artgerechter Tierhaltung bei Reduzierung des Fleischkonsums, um fairen Handel, mehr Klimaschutz und Klimagerechtigkeit und – nicht zuletzt – um gutes Essen.

Eine bunte, vielfältige und lautstarke Bewegung, die auch nach neun Jahren nicht an Schwung verloren hat. Im Gegenteil: über 30.000 Menschen waren im Januar 2018 nach Berlin gekommen.

Bunt und vielfältig, wenn auch nicht lautstark, präsentiert sich auch der *Kritische Agrarbericht*, den das AgrarBündnis seit 1993 alljährlich herausgibt. Als »Buch zur Bewegung« haben wir uns vorgenommen, das zivilgesellschaftliche Engagement der vielen argumentativ zu fundieren: gute Gründe anzugeben für die Kritik am derzeitigen Agrarsystem, aber auch gute Konzepte und Ideen, wie es anders, verantwortungsbewusster zugehen könnte in der Land- und Ernährungswirtschaft.

Im Zentrum der aktuellen Debatte steht die anstehende Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), die seit vielen Jahren Kernstück der europäischen Integration ist. Im Jahr der Europawahl unter dem Vorzeichen nationaler Egoismen in vielen europäischen Ländern bekennen sich die Mitgliedsverbände des AgrarBündnisses zur besonderen Verantwortung für die Zukunft Europas.

Mit knapp 60 Milliarden Euro pro Jahr ist die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) eines der wichtigsten Politikfelder der EU und umfasst derzeit noch rund 40 Prozent des Gesamthaushalts. Die Gelder, Markt- und Handelsregeln aus Brüssel bestimmen maßgeblich mit, wie unsere Lebensmittel erzeugt werden, wie dafür Boden, Wasser und Saatgut genutzt werden, wie und wie viele Tiere in unseren Ställen gehalten werden, wie sich ländliche Räume entwickeln, ob Bauernhöfe erhalten werden und wie der Handel mit Agrargütern auf die Länder des globalen Südens wirkt.

Alle sieben Jahre wird dieses System neu justiert. Im Juni 2018 hat die EU-Kommission ihre Vorschlä-

ge für die GAP der nächsten Förderperiode ab 2021 vorgelegt. Darin eröffnet die EU-Kommission den Mitgliedstaaten jede Menge Möglichkeiten, die Gelder an ehrgeizige sozioökonomische sowie Umwelt-, Klima- und Tierschutzziele zu binden und die Zwei-Säulenstruktur durch einen gemeinsamen strategischen Ansatz praktisch zu überwinden. An Chancen mangelt es nicht, wohl aber an Verbindlichkeit und damit am europäischen Anspruch und europäischem Gemeinsinn:

- Die EU-Kommission will alle Mitgliedstaaten verpflichten, in Zukunft auch mit den kaum gekürzten Direktzahlungen der Ersten Säule anspruchsvollere Umwelt- und Klimaschutzleistungen der Bäuerinnen und Bauern zu honorieren (Öko-Regelungen/Eco-Schemes). Aber sie gibt dafür weder einen Mindestanteil der Gelder noch ein inhaltliches Zielniveau vor. Dem Agrarministerrat – auch der deutschen Ministerin – geht selbst das schon zu weit. Die 27 Hauptstädte wollen das Geld aus Brüssel, aber jeweils allein über die Verwendung bestimmen. Und das heutige EU-Parlament steht den Ministern näher als der Kommission.
- Auch bei den Kürzungen des Budgets geht die Kommission vorausseilend auf die heutigen Mehrheiten in Rat und Parlament ein, die sich stets für die Erste Säule mit den umfangreichen »Einkommens«-Direktzahlungen eingesetzt haben. So kürzt sie mit 15 Prozent massiv in der Zweiten Säule, also ausgerechnet dort, wo gesellschaftlich erwünschte Leistungen der Bäuerinnen und Bauern z. B. beim Umwelt-, Natur-, Klima- und Tierschutz sowie eine integrierte ländliche Entwicklung bislang gezielt gefördert werden. Bundesministerin Klöckner bedauert pflichtgemäß und verspricht im Land sogleich einen Ausgleich aus dem Bundeshaushalt. Europas ländliche Gemeinden fallen unter den Tisch.
- Für eine Stärkung kleinerer und mittlerer Betriebe will die Kommission höhere Zahlungen für die ersten Hektare je Betrieb in allen Mitgliedstaaten einführen, aber sie lässt den Umfang der Mittel offen. Konkreter wird sie in ihrem Vorschlag, eine EU-weite Obergrenze bei maximal 100.000 Euro je Betrieb nach Abzug aller Arbeitskosten einzuführen. Berlin lehnt strikt ab, und die Berichterstatterin im EU-Parlament will den Vorschlag ad absurdum führen.

■ Einig sind sich Europas Institutionen darin, die Exportorientierung der europäischen Agrarpolitik fortsetzen zu wollen – mit allen Konsequenzen für die Landwirte innerhalb der EU, vor allem aber für die Märkte der Entwicklungs- und Schwellenländer. Ein Umdenken ist auch hier nicht in Sicht. Maßnahmen, um schwere Marktkrisen zu vermeiden, finden sich in den Kommissionsvorschläge nicht.

Im Dreigestirn von Kommission, Rat und Parlament fehlt eine starke und durchsetzungsfähige Kraft, die für die notwendige *tiefgreifende Reform* der GAP eintritt. Auch in der Agrarpolitik steckt unsere Europäische Union in einer schwierigen Situation. Die Antwort auf die ewige und oft interessengeleitete Kritik an der Brüsseler Bürokratie kann nicht sein, dass nun 27 nationale Bürokratien erblühen – oder jeglicher Ehrgeiz zur Durchsetzung gemeinsamer europäischer Ziele und Verpflichtungen in die Hand der Mitgliedstaaten gelegt und damit aufgegeben wird.

Bereits heute bietet die GAP viele Spielräume für die Mitgliedstaaten, die Fördermittel auf umwelt- und tierwohlbezogene Ziele auszurichten. Doch es fehlt der politische Wille, dies dann auch zu tun, geschweige denn, diese gemeinwohlorientierten Spielräume der Agrarpolitik auch nur annähernd auszuschöpfen. Das gilt besonders für die Politik der Bundesregierung.

Um einen gängigen Begriff aus der Klimapolitik aufzugreifen, könnte man von einer »Ambitions-lücke« (*ambition gap*) sprechen, die sich im Feld der Agrarpolitik auftut – und eher größer als kleiner wird.

Um beim Klimaschutz zu bleiben: Der Sommer 2018 mit seiner nicht enden wollenden Dürre hat gezeigt, wie sehr bereits heute die Klimakrise den Bauern schadet. Zugleich aber ist die Landwirtschaft Mitversucher der Klimakrise. Schädliche Emissionen aus dem Überschuss an Gülle und zu hohe Gaben mineralischen Stickstoffs tragen ebenso wie der Umbruch von Grünland oder die Trockenlegung von Mooren zur globalen Klimaerwärmung bei. Dem muss durch eine konsequent auf Klimaschutz hin ausgerichtete Agrarpolitik begegnet werden – zum Wohle aller. Die bisherige GAP und die geplante Reform werden dieser Herausforderung auch nicht ansatzweise gerecht.

Eine solche Ambitions-lücke besteht auch im Hinblick auf die nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen (*sustainable development goals* – SDGs), darunter als wichtigste Ziele die Bekämpfung von Armut und Hunger auf der Welt. Auch hier kommt der Land- und Ernährungswirtschaft eine besondere Bedeutung zu. Sie ist ein Schlüsselsektor für das Erreichen der Nachhaltigkeitsziele – müsste sich jedoch hierfür grundlegend ändern. Das Versprechen der EU-Kommission, die GAP in Zukunft an den SDGs auszurichten, erweist sich bei näherer

Analyse als leere Rhetorik, wie verschiedene Beiträge in diesem *Kritischen Agrarbericht* aufzeigen. Mit ihren GAP-Plänen und den Reaktionen aus Rat und Parlament nähert sich Europa nicht den SDGs – wir *entfernen* uns immer weiter von diesen Zielen. Die Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2019 sollten daher auch Anlass sein, eine breite öffentliche Debatte über diese fatalen Entwicklungen und die Alternativen zu führen.

Neben dem diesjährigen Schwerpunktthema »Landwirtschaft für Europa«, dem allein 22 der insgesamt 47 Beiträge gewidmet sind, behandeln wir weitere Brennpunkte der agrarpolitischen Diskussion: von der Digitalisierung der Landwirtschaft und der dahinterstehenden Macht der Konzerne, über Bodenpolitik für eine nachhaltige Landwirtschaft, Auswirkungen der neuen Düngeverordnung bis hin zu der auch in der Öffentlichkeit lebhaft geführten Kontroverse über die Rückkehr des Wolfes.

Die Beiträge des vorliegenden *Kritischen Agrarberichts* sind – bei aller Kritik – stets konstruktiv. Sie machen konkrete Vorschläge, wie die oben genannte Ambitions-lücke geschlossen werden könnte zwischen dem, was notwendig, wünschenswert und realisierbar wäre, und dem, was de facto geschieht und geplant ist.

Aber die Kraft der guten Argumente allein wird die Politik nicht zu einem Umlenken bewegen. Hierfür bedarf es weiter des Druckes einer Zivilgesellschaft, die das derzeitige Agrarsystem und seine Klientelpolitik »satt hat!« und sich zunehmend europaweit organisiert. Die Berliner Großkundgebung im Januar 2019 wird nicht die letzte und nicht die einzige in Europa sein.

Wir danken den 70 Autorinnen und Autoren aus dem In- und Ausland, die zum Teil ihrerseits vielfältig in den sozialen Bewegungen aktiv sind, dass sie mit ihren Beobachtungen und Analysen zum Gelingen dieses agrarpolitischen Jahrbuchs beigetragen haben. Dank gebührt auch den Stiftungen, Unternehmen und Organisationen, die durch ihre finanzielle Unterstützung die Arbeit am *Kritischen Agrarbericht* Jahr für Jahr ermöglichen.

Für die Redaktion:

Manuel Schneider, Andrea Fink-Keßler, Friedhelm Stodiek

Für Vorstand und Geschäftsführung des AgrarBündnis:

Jochen Dettmer, Clemens Gabriel, Jenny Schlosser, Frieder Thomas, Tilman Uhlenhaut, Bernd Voß

München, im Dezember 2018